DIE LINKE.
KREISVERBAND BIELEFELD

DURCHBLICK

Sozialistische Zeitung für Bielefeld — Frühjahr 2020

Interview mit OB-Kandidat Dr. Onur Ocak

Krankenhäuser und Gesundheit

Dr. Onur Ocak ist 32 Jahre jung und arbeitet als Jurist bei der Gewerkschaft ver.di. Onur ist in der Partei fest verankert, arbeitet auf mehreren Ebenen in der Partei mit, ist Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und organisiert die Junge Linke. Mit seiner Kandidatur knüpft er an seine Erfahrungen als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE im Bielefelder Stadtrat an.

*Er setzt sich vor allem ein für die Themen bezahlbarer Wohnraum für alle Bürger*innen, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und gute Arbeitsbedingungen in städtischen Betrieben. Als Gewerkschafter weiß Dr. Onur Ocak um die prekären Verhältnisse in städtischen Kliniken, Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen.*

Herr Ocak, was sind Ihrer Meinung nach die Folgerungen aus der Corona-Krise?

Wir dürfen das Gesundheitswesen nicht weiter dem Markt überlassen! Die Bertelsmann-Stiftung will Marktsteuerung ausbauen und schlug neulich vor, bis zu 50 % der Krankenhäuser zu schließen. Wir können froh sein, dass dies noch nicht umgesetzt wurde. Deutschland hat 8 Krankenhaus-Betten je 1000 Einwohner. Länder wie Japan und Korea, die die Krise schneller unter Kontrolle gebracht haben, finanzieren 12 bis 13 Betten. In Großbritannien, wo Thatcher und die Tories das Gesundheitssystem ruiniert haben, gib es jetzt noch 2,6 Betten auf 1000 Einwohner!

Liegt das auch an der Art der Krankenhaus-Finanzierung?

Die Abrechnung der Krankenhausleistungen nach Fallpauschalen (DRG's) in Deutschland sind eher ein Hindernis der Krisenbewältigung. Die Krankenhäuser verdienen mit den Notaufnahmen nichts, während z.B. Hüft- und Herz-OPs lukrative Geschäftsfelder für Krankenhäuser sind. Die privaten Kliniken zieren sich, Notaufnahmen zu organisieren. Das soll dann der Staat finanzieren, während sie die lukrativen Fälle abgreifen.

Wieviel der Leistungen in der Corona-Krise kostendeckend mit den Krankenkassen abgerechnet werden können, werden wir sehen. Ökonomisch ist die Bereitstellung der Betten für Corona-Patienten für jeden Krankenhausträger derzeit ein Risiko – aber sie sind lebensnotwendig!

Was wollen Sie in Bielefeld anders machen?

Weil das Land NRW die Investitionen der Kliniken nicht ausreichend finanziert, sparen die öffentlichen Krankenhäuser an der Pflege und am Pflegepersonal. Investitionen werden auf dem Rücken der Pflegekräfte und der Patient*innen gestemmt. Die Stadt Bielefeld muss sich massiv gegen diese Politik auf dem Rücken der Beschäftigten wehren und ihre Krankenhäuser vor Ort unterstützen! Kommunalpolitik kann sich gesundheitspolitisch nicht mehr wegducken; Krankenhausplanung muss in NRW und auch in Bielefeld öffentlich diskutiert und organisiert werden. Auf die bekannte problematische Personalsituation, auch im Bielefelder Gesundheitswesen, muss die Politik vor Ort endlich reagieren.

Dazu fallen mir drei Beispiele ein: Wir müssen die Beschäftigten im Gesundheitswesen unterstützen bei ihrer Forderung nach angemessener Bezahlung und einer ausreichend flexiblen Kinderbetreuung. Und wir müssen bezahlbaren Wohnraum bauen und selber vermieten.

Wir brauchen – und das zeigt sich nicht nur im Krisenfall – eine Wiederbelebung der Öffentlichen Daseinsvorsorge generell und hier und jetzt besonders im Gesundheitswesen. Für reiche Menschen ist das vielleicht nicht so wichtig, sie haben genug Geld, um überall auf der Welt ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Normalverdiener*innen sind aber auf ein gutes öffentliches Gesundheitswesen, Bildung, Kultur- und Freizeitangebote angewiesen.

Wenn wir schon bei der Corona-Krise sind – sind die Maßnahmen der Stadt zur Bewältigung dieser Krise Ihrer Meinung nach ausreichend?

Es ist gut, dass der Staat sich nun aus dem Werkzeugkoffer der LINKEN bedient und sich für einen aktiven sozialen Schutzschirm entschlossen hat. Ich begrüße auch die Hilfen für Unternehmen. Sie müssen aber meiner Meinung nach an Bedingungen geknüpft werden. Nur wer Verantwortung für das Gemeinwohl übernimmt und bereit ist, sich an Tarifverträge zu halten oder anzuwenden, sollte solche Hilfen bekommen, damit besonders auch die Arbeitnehmer*innen langfristig davon profitieren.

In unserer Stadt leiden vor allem diejenigen Beschäftigtengruppen, die nicht unter das Kurzarbeitergeld fallen. Das sind vor allem Honorarkräfte in Kultur- und Bildungseinrichtungen und Integrationshelfer*innen. Hier muss die Stadt schnell reagieren und den Verdienstausfall entschädigen. Das müsste auch von den Kreditzusagen der Bundesregierung gedeckt sein. Man kann außerdem darüber nachdenken, ob die Stadt die Sparkassen nicht dazu anhält, in solchen Fällen auf Dispozinsen zu verzichten. Auf keinen Fall dürfen jetzt Gas- und Stromsperren erfolgen. Hier ist noch viel Luft nach oben, was die soziale Komponente angeht.

Brigitte Stelze &
Florian Straetmanns
Sprecherin & Sprecher
Kreisverband DIE LINKE

Ein Leben, das wirkt

Barbara Schmidt, Gründungsmitglied der Partei DIE LINKE, ist nach langer Krankheit am 7. März 2020 im Kreis ihrer Familie verstorben. Sie hat die Geschichte einer Partei und einer Stadt mitgeschrieben. Ihre politische Ausrichtung war nie auf eine Partei beschränkt. Immer hat sie soziale Bewegungen mitgedacht, wie die Friedensbewegung, die Frauenbewegung und die Gewerkschaften. Barbaras politisches Denken und Tun umfasste den großen Plan der Ersetzung der kapitalistischen Welt durch eine bessere, den demokratischen Sozialismus. Als engagierte Sozialistin ist sie den Menschen in Bielefeld und darüber hinaus bekannt. Als die allseits präsente Verbindung der Partei zum Stadtrat, zur Fraktion, zum Landschaftsverband Westfalen-Lippe, zu Bündnissen, Initiativen und Vereinen ist sie oft als selbstverständlich wahrgenommen worden. Nur wenige kannten ihre privaten Rollen – als Mutter, Oma, Ehefrau, Schwester, Freundin. Neben ihren politischen Leistungen werden es auch ihre menschlichen Eigenschaften sein, für die sie in Erinnerung bleiben wird: farbenfrohes und entschiedenes Auftreten; Fürsorge in Form von selbstgemachten Marmeladen, Blumensträußen und aufbauenden Postkarten; spontanes Verwerfen lang geplanter Termine zugunsten neuer Ideen. Und für die Anteilnahme, die in jeder ihrer Reden nachhallte; besonders aber für die Emotionen, mit denen niemand rechnen konnte.

Es sind nicht nur Herz und Verstand, sondern auch Gefühle und Empathie, die einen Menschen ausmachen.

Wir werden Barbara als engagierte und politische Wegbegleiterin und erfahrene Kommunalpolitikerin in Erinnerung behalten. Sie wird uns als hilfsbereite Kollegin, Freundin und mutige Frau sehr fehlen.

„Alles, was bleibt
Gefühle, Gedanken, deine Nähe,
der Ton deiner Stimme, deine Reden,
all das bleibt.“

Freiheit für Assange!

Stoppt den Krieg gegen den Journalismus!

Der Prozess in London gegen Julian Assange, den Gründer der Internet-Plattform Wikileaks, ist politisch von zentraler Wichtigkeit. Es geht darum, ob Assange an die USA ausgeliefert wird und um die Zukunft der Pressefreiheit.

Die USA werfen Assange vor, geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan veröffentlicht zu haben. Darauf ist zu sehen, wie amerikanische Soldat*innen wehrlose Menschen aus einem Kampfhubschrauber erschießen. Verfolgt werden jedoch nicht die Kriegsverbrecher*innen, sondern Journalist*innen, die das öffentlich machen. Die US-Behörden sprechen von „Spionage“. US-Außenminister Pompeo bezeichnet Wikileaks als Terrororganisation. Die Aufdeckung von Verbrechen wird selbst zum Verbrechen und Assange drohen bei einer möglichen Verurteilung 175 Jahre Haft.

Der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, fordert die Freilassung von Assange. Die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens sei nicht gegeben. Assange sei gefoltert worden und es gebe Belege dafür, dass die Vergewaltigungsvorwürfe, die Schweden vor kurzem fallen gelassen hat, von Anfang an konstruiert gewesen seien. In seinen Augen werde an Assange ein Exempel statuiert, um Journalist*innen einzuschüchtern.

Angesichts der Covid-19-Pandemie ist die Entlassung von Assange dringender denn je. Denn seine Gesundheit ist nach jahrelanger Isolation angegriffen und besonders anfällig für eine Lungenerkrankung. #BleibZuhause

David G Silvers, CC BY-SA 2.0

muss auch für Assange schnell möglich sein.

Weitere Informationen über die Internetlinks:
Für die sofortige Freilassung.
und
Assange helfen aber wie?

Gabi Bieberstein
Mitglied im Kreisvorstand
DIE LINKE Bielefeld

Solidarisch kämpfen für Gleichstellung jetzt!

Unter dem Motto „Keine halben Sachen: Gleichstellung ist die GANZE Arbeit! Solidarisch kämpfen!“ gingen am 7. März über 600 Menschen in Bielefeld auf die Straße. Der Wille, endlich in der Frauen*politik etwas zu bewegen, ist groß. Als Vortagsdemo zum Frauen*kampftag stand klar der Kampf für eine bessere Verteilung der Care-Arbeit, also Sorgearbeit, im Mittelpunkt. Dabei geht es nicht nur um die tägliche Arbeit, die von Milliarden Frauen* weltweit in ihrem Zuhause geleistet wird, sondern auch um all die Frauen, die in den Krankenhäusern, Altenheimen oder Kitas tagtäglich das wirtschaftliche Leben am Laufen halten.
Fast prophetisch erscheint das Thema der Demo heute. Jetzt in der Corona-Krise, in der jede dieser Frauen ihren unersetzlichen Teil leistet. Jetzt wird ersichtlich, wie fatal die Politik der letzten Jahre war. Die Sparpolitik beim Gesundheitssystem und bei der Betreuung unserer Kinder hat üble Auswirkungen. Wir fordern mehr denn je angemessene Gehälter und Arbeitszeiten für alle Menschen, die jetzt unseren Alltag am Leben halten! Seien es die Verkäufer*innen im Supermarkt, die Pfleger*innen im Altenheim oder die Erzieher*innen in der Kita!

Frauenplenum
DIE LINKE Bielefeld

Streikerfolg bei Treppenlift-Hersteller Hiro Lift Bielefeld

Ein Streik fällt nicht vom Himmel

Wie alles begann

Am 10. Mai 2019 begann der erste unbefristete Streik (seit 40 Jahren!) der IG Metall Bielefeld beim Treppenlift-Hersteller Hiro Lift in der Meller Straße.

Die Beschäftigten waren nicht mehr bereit, für 25 Prozent weniger Lohn als im vergleichbaren Flächentarifvertrag zur arbeiten – und das auch noch ohne Weihnachtsgeld und bei fünf Stunden Arbeit mehr pro Woche.

Ergebnis des Arbeitskampfes: Lohnerhöhung von sieben Prozent sowie die Einführung der Tarifbindung bis März 2021.

Dieser Streik wurde in jahrelanger Arbeit, mit vielen Höhen und Tiefen, von mutigen Vertrauensleuten der IG Metall und ihrem IGM-Gewerkschaftssekretär vorbereitet. Darüber sprechen wir, Gülcan Turan (Fraktionsgeschäftsführerin, Ratsfraktion DIE LINKE) und Hans-Dietmar Hölscher (Arbeitskreis Soziales und Gewerkschaft, DIE LINKE) im Interview mit Klaus Schmiedeknecht (Betriebsrat und Mitglied der IG Metall-Vertrauenskörperleitung, Pascal Avenwedde (stellv. Betriebsratsvorsitzender), Oguz Önal (Gewerkschaftssekretär IG Metall).

Wie lange habt ihr gebraucht bis ein Betriebsrat gegründet worden ist?

KS: Also, wir kommen aus einem alten, nach Gutsherrenart geführten Betrieb. Das ist wirklich so. Man glaubt es kaum. Aber es ist wirklich so wahr. Unser alter Besitzer Herr Dr. Hein, leider schon tot, der hatte immer die Meinung: 1 Euro Verdienst reicht. Alles andere interessierte ihn nicht. Die Lohnverhältnisse unter dem Kollegen waren radikal unterschiedlich. Bei gleicher Arbeit gab es teilweise 5 bis 6 Euro Unterschied in der Bezahlung.

PA: Und der hat immer gesagt: „...nicht weiter erzählen“. Also das war „teile und herrsche“.

Zu dem Zeitpunkt der Betriebsratsgründung, wie war da der Organisationsgrad?

KS: Ich kann’s dir genau sagen: Von über 300 Beschäftigten waren 7 Gewerkschafter*innen. Und da war ich noch nicht Mitglied.

PA: Es gab mehr Kranke als organisierte Kolleg*innen.

OÖ: Wir geben ja als IG Metall selten den Organisationsgrad raus, aber das ist für diese Geschichte wichtig. Wir hätten ja auch niemals in die Auseinandersetzung gehen und über Tarif nachdenken können, wenn wir nicht radikal den Organisationsgrad gesteigert hätten. Zumindest das könnte ich als Wert sagen: Vor Ort in Bielefeld waren wir in der Spitze zu 70% organisiert.

Wann wurde der Betriebsrat gegründet?

PA: Wir haben 2012 den Betriebsrat gegründet. Der Firma ging es sehr schlecht. Wenn die Firma vor die Wand fährt, ohne Betriebsrat, hast du keinen Sozialplan. Wir hatten Angst. Die Grundüberlegung war, die Lohnungleichheit zu bekämpfen und ein Entgeltrahmenabkommen einzuführen, um ein gerechteres Lohnsystem, überhaupt ein Lohnsystem einzuführen.

Wie habt ihr das Aufstellen gewerkschaftlicher Forderungen und deren Verankerung in der Belegschaft hinbekommen?

KS: Nach dem Tod vom Dr. Hein war dann ein anderer Geschäftsführer da, der vorher Stellvertreter war. Für unsere Vorstellungen von gerechten Verhältnissen fanden wir kein Gehör. Da kam die Idee auf, es gibt noch eine zweite Schiene: Vertrauensleute. Ein Betriebsrat ist an Gesetze gebunden, Vertrauensleute auch, aber die können politisch ganz anders handeln als ein Betriebsrat. Vor 4 Jahren haben wir dann die Vertrauensleute gewählt.

PA: Dass wir als Gewerkschaft für die Leute kämpfen, ist ja klar, aber das kriegt man nur hin, wenn die Leute mitmachen und sich drauf verlassen können. Diese Bindung muss auch erstmal entstehen.

KS: Nur mal ein Beispiel: Jürgen und ich hatten uns vor acht Jahren rote T-Shirts angezogen mit IG-Metall und sind damit bei der Arbeit rumgelaufen. Da fingen wir an mit den Leuten zu reden. Als Betriebsrat und besonders als Vertrauensleute. Das wichtigste ist die Kommunikation.

Wie kamt ihr zu dem Punkt, dass ihr in eine Auseinandersetzung geht?

KS: Später kam der Neffe des Dr. Hein mit seiner ▶

Hans-Dietmar Hölscher, Pascal Avenwedde, Gülcan Turan, Klaus Schmiedeknecht (v.l.)

Frau. Die haben dann den Laden selbst übernommen. Und da fingen die eigentlichen Probleme erst an. Jegliche Absprachen seitens des Betriebsrates wurden entweder nicht eingehalten oder es kam erst gar nicht zu Absprachen.

PA: Die Unzufriedenheit der Kollegen wurde immer massiver.

KS: Und wir wurden nach und nach immer mehr Gewerkschafter. Nach der Betriebsratsgründung fingen wir an, den Betrieb zu organisieren. Uns war allen klar, vorrangig hast du nur als Gewerkschafter ein politisches Druckmittel in der Hand. Und wir standen vor der Entscheidung, lassen wir das zu oder wehren wir uns.

PA: Wir haben dann an Warnstreikaktionen teilgenommen. Der Pressesprecher hat dann immer gesagt: „Ja wir sind gesprächsbereit, wir machen ja Termine“, was ja eine Lüge war.

KS: Wir hatten massiv Angst, dass unsere Firma den Bach runtergeht. Mit Familien hängen da über 1000 Menschen dran und das wurde den Kollegen im Laufe der Zeit immer klarer: Entweder jetzt auf die Straße gehen oder das Ding fährt vor die Wand. Das war der Punkt, wo auch die Unterstützung der IG Metall kam: Die natürlich gefordert hat, dass ein gewisser Organisationsgrad erreicht sein muss, bevor darüber nachgedacht werden kann, eventuell Arbeitskampfmaßnahmen einzuführen.

Wann weiß man, dass die Stärke jetzt so gestiegen ist, dass man ein bisschen weiter gehen kann?

PA: Man darf die Geduld nicht verlieren, die Nerven nicht verlieren, man muss viel kommunizieren. Und das haben wir im Gespräch mit den Kollegen immer gesagt: „Nur, wenn wir gemeinsam agieren, erreichen wir was.“ Gewachsen ist nicht nur der Organisationsgrad, gewachsen sind auch tatsächlich die Menschen. Ab 2012. Ich weiß noch, die haben sich kaum getraut mich anzugucken mit der roten Jacke, weil sie Angst hatten, Repressalien zu erleben.

KS: Als wir anfingen hier zu streiken, hatten wir 28% unter Tarif, kein Weihnachtsgeld und eine 40-Stunden-Woche. Das war auch eine Motivation für viele Kollegen, dass das nicht mehr so geht. Viele die nachher draußen waren haben gesagt: „Das Geld ist wichtig, aber das wichtigste ist der Respekt!“.

Wir gratulieren euch zu eurem Erfolg und bedanken uns für das Gespräch.

Tipps für Beschäftigte, Solo-Selbstständige, Erwerbslose und bei Grundsicherung

Die Corona-Pandemie hat für viele Beschäftigte erhebliche finanzielle Folgen. Wenn sie in Kurzarbeit gehen müssen oder das Erwerbseinkommen ganz wegbricht, ist oft unklar, welche sozialen Leistungen beantragt werden können. Auch für Solo-Selbstständige und bei schon bestehendem Hartz IV – oder Grundsicherungsbezug ergeben sich jetzt viele Fragen.

Hier sind praktische Tipps dazu:

a) Zu den Themen **Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld I, Hilfen für Kleinunternehmer*innen und Solo-Selbstständige, Hilfen für Mieter*innen und Besitzer*innen von Wohneigentum, Wohngeld, Kinderzuschlag, Arbeitslosengeld II („Hartz IV“), Grundsicherung im Alter und bei dauernder Erwerbsminderung sowie Sozialhilfe nach SGB XII**
hat die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen die neuen Gesetzesvorhaben ausgewertet, wichtige Fragen beantwortet und es gibt eine Reihe wertvoller Tipps: www.erwerbslos.de

b) Sozialberatung zu Hartz IV und Grundsicherung
Antragsunterlagen und Beratung von Widerspruch e.V.:
www.widerspruch-sozialberatung.de/dat/aktuelles.html

c) Solo-Selbstständige
Für Solo-Selbstständige ergeben sich besondere Probleme.
ver.di hat viele Fragen in einem FAQ beantwortet.
Internetlink: Corona - FAQ für Solo-Selbstständige

Im Übrigen fordern wir kurzfristig die Erhöhung von Hartz IV. Langfristig brauchen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die für ein menschenwürdiges Leben reicht – statt Hartz IV.

Wir hoffen, dass die Tipps weiterhelfen und wünschen allen Gesundheit!

Kurzarbeitergeld erhöhen und Arbeitslosengeld verbessern

Die Corona-Krise trifft den Arbeitsmarkt mit voller Wucht und die bestehenden Sicherungssysteme sind völlig unzureichend. Die Bundesregierung muss schnellstmöglich für mehr Sicherheit sorgen. Der Arbeitsmarkt muss stabilisiert werden. DIE LINKE fordert die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent des monatlichen Nettoentgelts. Sonst kommen Menschen im Niedriglohnbereich und in Teilzeit in finanzielle Bedrängnis und existenzielle Nöte. Die Bundesregierung muss verhindern, dass Millionen Beschäftigte in dieser Krise zum Sozialfall werden. Damit Beschäftigte nicht direkt in Hartz IV rutschen, wenn sie ihren Job verlieren, muss der Zugang zur Arbeitslosenversicherung erleichtert werden: Die Rahmenfrist, in welcher der Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben wird, muss wieder auf 36 Monate ausgedehnt werden. Zudem sollte der Anspruch auf Arbeitslosengeld bereits nach vier Monaten Beitragszeit entstehen und das Arbeitslosengeld erhöht werden. Allgemein muss die Bezugsdauer für langjährige Beitragszahler*innen verlängert werden.

Marlis Bußmann
Ratsmitglied

Nein zum neuen Kalten Krieg!

Nein zum Großmanöver Defender!

Seit Ende Januar sind Deutschland und Osteuropa Schauplatz des Manövers US-Defender Europe 20. Ein Manöver, bei dem der Krieg gegen Russland geprobt wird.

Dieses Spektakel, bei dem 37.000 Soldat*innen beteiligt sein sollten, war als größtes Militärmanöver seit 25 Jahren geplant. Ziel war es, eine US-Division - 20.000 Soldat*innen - von den USA bis an die Grenzen Russlands zu verlegen. Deutschland war als zentrales Durchgangsgebiet sowohl über Unterstützungsmaßnahmen der US-Kräfte, als auch über verschiedene angegliederte NATO-Manöver direkt beteiligt. Insbesondere war auch NRW als Logistik-Drehscheibe betroffen. Zwei Wochen lang sollten wochentags täglich kleinere und größere Konvois mit Waffen und Ausrüstungsgegenständen vor allem auf der A2 nach Osten rollen.

Die Bundesregierung unterstützt die Übung und damit auch die aggressive Außenpolitik von US-Präsident Trump, der sich schon im Wahlkampf befindet. Die Übung findet ausgerechnet um den 8. Mai statt. 75 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Faschismus wird an den Grenzen Russlands für den Krieg geübt. DIE LINKE hat sich von Anfang an aktiv gegen das US-Manöver sowie die Unterstützungsaktivitäten der NATO und der Bundeswehr gestellt. Aufgerufen hat sie auch zu Aktionen des zivilen Ungehorsams und zu breitem Widerstand. Gemeinsam mit der Friedensbewegung wurde ein klares Zeichen gegen die Politik der NATO, der USA und der Bundesregierung gesetzt. Wir brauchen Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärischer Konfrontation.

Wegen der Corona-Pandemie hat die Bundeswehr Mitte März erklärt, sie habe ihre Beteiligung an dem Manöver beendet und etwas später stoppten die USA das Manöver. Wie das Bundesverteidigungsministerium jetzt auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Zaklin Nastic (DIE LINKE) erklärte, sei die Großübung wegen der Coronakrise jedoch seit dem 13. März nur „in ihrem Umfang deutlich reduziert“. Das Manöver findet in modifizierter Form weiterhin in Polen mit bereits verlegten US-Truppenteilen statt. Dafür leistet auch die Bundeswehr Unterstützung. In Zeiten, wo wegen der Pandemie in weiten Teilen Europas strenge Kontaktbeschränkungen gelten, wird die Gefahr der Virus-Verbreitung durch die USA-Armee, die Bundeswehr und die polnische Armee bewusst in Kauf genommen. Ausgewichen wurde in der Antwort des Bundesverteidigungsministeriums der Frage, wann die US-Soldaten und das Kriegsmaterial wieder abgezogen werden.

DIE LINKE sagt nein zu allen Defender-Manövern und ja zu Frieden und Abrüstung. DIE LINKE fordert dringend die Beendigung aller Wirtschaftssanktionen, Kriegseinsätze und Rüstungsexporte.

Weitere Informationen im Internet:
Defender 2020: Nein zum Kriegsmanöver
und
Stoppt Defender 2020

Gabi Bieberstein
Sprecherin Landesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik NRW

Für Deeskalation

Nein zum Syrien-Krieg

Die USA haben bereits in vielen Staaten missliebige Machthaber weggeputscht, so z. B. 1949 den gewählten syrischen Präsidenten Schukri Al-Kuwatli, der den Bau einer Pipeline über syrisches Territorium verweigert hatte. Der von der CIA unterstützte Putschist Husni Al-Saim dagegen stimmte dann dem Bau zu.

Auch gegen den Diktator Assad gab es seit 2006 US-Pläne zum Regierungssturz. Wieder ging es unter anderem um eine Pipeline. Assad hatte ein Pipelineprojekt für saudisches Erdöl abgelehnt und verfolgte dagegen eines mit dem Iran. Deswegen unterstützten die USA, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien, Katar und die Türkei bereits in der frühen Phase des Konflikts völkerrechtswidrig bewaffnete Milizen gegen Assad. Dabei wussten sie, dass diese zunehmend von Al-Quaida-nahen Söldnern dominiert wurden.

Nach vielen militärischen Erfolgen für die Söldnermilizen konnte Assad wieder Gebiete zurückerobern – mit russischer Militärhilfe. Russland schützt seinen letzten Verbündeten im Mittelmeerraum. Ein Grund für die Unterstützung ist die westliche Intervention im Jahre 2011 in Libyen. Dem Westen diente diese Intervention dazu, ein prowestliches Regime einzusetzen und Russlands Einfluss in Libyen auszuschalten.

Neben den Großmächten versucht auch die Türkei diese Situation zur Stärkung ihres regionalen Einflusses auszunutzen,

indem sie im Norden Syriens kurdische Gebiete völkerrechtswidrig besetzt; zugleich will sie damit den Nationalismus im Innern anheizen und so die Diktatur Erdogans rechtfertigen.

Der Kampf der Großmächte um Einflusszonen bietet wenig Spielraum für freiheitliche Entwicklungen in den Ländern der Peripherie. DIE LINKE tritt für eine Entspannungspolitik mit Russland ein. Der Versuch, Russland zu schwächen und die westliche Macht auszubauen, ist ein Grund für die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten – ob in Syrien, im Iran oder in Israel. Deutschland sollte eine realistische Friedenspolitik betreiben, sich konsequent für Abrüstung und Deeskalation einsetzen sowie für die Einrichtung einer dauerhaften Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Nah- und Mittelostregion mit allen beteiligten Staaten und wichtigen Akteuren der Region.

Florian Straetmanns
Sprecher Kreisverband DIE LINKE Bielefeld

Covid-19 und ein runtergewirtschafteter Gesundheitssektor

Die Pandemie führt innerhalb der Europäischen Union zu großen Spannungen. Erst spät gab es Unterstützung für besonders betroffene Staaten und dies auch nur in geringem Umfang. Insbesondere die Entscheidung Deutschlands und anderer EU-Staaten Anfang März, einen Exportstopp für bestimmte Arten medizinischer Schutzausrüstung zu verhängen, hat zu Verärgerung geführt. Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland werden im Kampf gegen das Virus von China unterstützt, zum Teil außerdem auch von Russland und Kuba. Die Politik des „Germany First“ zu Beginn einer der größten Krisen war beschämend und unverantwortlich.

Die vielen Toten in Italien und Spanien infolge der Pandemie haben ihre Vorgeschichte: Von der Finanzkrise 2008 waren diese Staaten ganz besonders betroffen und die EU forderte eine scharfe Austeritätspolitik als Bedingung für Hilfskredite. Deshalb mussten sie die Sozial- und Gesundheitssysteme massiv zusammen streichen. Der Slogan im Widerstand gegen diese aufgezwungene Politik des sozialen Kahlschlags in Südeuropa lautete: „Austerität tötet!“. Jetzt können wir sehen, was damit gemeint ist.

Durch Privatisierung und Profitorientierung sind die Gesundheitssysteme in Deutschland und anderen EU-Ländern schon zu normalen Zeiten ihrer Aufgabe nur unzureichend gewachsen. In der Corona-Pandemie wird ihr Versagen für alle offensichtlich. Deswegen müssen die privaten Krankenhäuser sofort öffentlich kontrolliert und anschließend in gesellschaftliches Eigentum überführt werden. Spanien hat eine Verstaatlichung bereits angekündigt.

Die Krise zeigt, wie verletzlich die kapitalistische Produktion unsere Gesellschaft macht. Aus Kostengründen werden medizinische Schutzausrüstung und Medikamente zum großen Teil in China produziert. Durch den dortigen Produktionsausfall in den letzten Wochen fehlen sie jetzt hier. Zu fordern ist deswegen, lebensnotwendige Produkte verstärkt auch in Deutschland zu produzieren und außerdem öffentlich zu kontrollieren. Das gilt insbesondere auch für Nahrungsmittel, wichtige Hygieneartikel und Medizintechnik.

Die Corona-Pandemie verstärkt die beginnende Wirtschaftskrise massiv. Wir stehen vor einer historischen Zeitenwende mit unüberschaubaren Folgen. Es ist deswegen gut, dass der Bundestag die schädliche Schuldenbremse ausgesetzt hat (leider nicht abgeschafft hat). DIE LINKE fordert einen Rettungsschirm für die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner*innen, Solo-Selbstständigen und Kleinunternehmen und nicht wieder nur für Großunternehmen wie bei der Finanzkrise 2008. Außerdem müssen Milliardäre und Superreiche zur Kasse gebeten werden.

Weitere Informationen im Internet:
Themenseite Corona

Gabi Bieberstein
Mitglied im Kreisvorstand
DIE LINKE Bielefeld

Sechs Forderungen für eine solidarische Krisenbewältigung

1. Menschen vor Profite

Die Profitorientierung des Gesundheitswesens mit den Abrechnungen nach Fallpauschalen ist lebensgefährlich: Mehr als 100.000 Pflegekräfte fehlen in Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Die Kommunen müssen dringend bei der Aufstockung des verfügbaren Personals unterstützt werden. Wir brauchen ein Sofortprogramm mit 500 Euro mehr Grundgehalt für alle in der Pflege.

2. Bessere Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen

»Systemrelevant« sind besonders viele Berufe, die überproportional von Frauen ausgeübt werden. Pflege, Erziehung, Einzelhandel, Reinigungsdienste, um nur einige zu nennen. Genau diese Berufsgruppen sind aber schlecht bezahlt und von Personalmangel betroffen. Gesellschaftlich notwendige Arbeit muss jetzt und für die Zukunft neu bewertet werden.

3. Frauen schützen, Kapazitäten ausbauen:

Durch häusliche Isolation, verbunden mit finanzieller Existenzangst wird das eigene Heim für viele Frauen und Kinder zur gefährlichen Falle. Das schon lange überlastete Hilfesystem zum Schutz vor Gewalt muss der aktuellen Situation angepasst werden: Notwendig sind schnelle, unbürokratische Hilfen und die Schaffung von Platzkapazitäten. Der Bund muss den Ländern unverzüglich finanzielle Mittel zur Schaffung von Notunterbringungsplätzen, wie die Anmietung von Hotels/Hostels, bereitstellen.

4. Ersatzwohnraum für Wohnungslose schaffen

Menschen werden aufgefordert, zu Hause zu bleiben. Wohnungslose sind aufgrund ihrer Lebenssituation eine gesundheitlich hoch belastete Bevölkerungsgruppe und gehören vielfach zur Risikogruppe. Um die Belegungsdichte in Notunterkünften zu reduzieren, müssen zusätzliche Räumlichkeiten akquiriert werden – zum Beispiel auch Hotels.

5. Ansteckungsgefahren minimieren – Massenunterbringung vermeiden

In vielen Bundesländern ist noch immer Heimunterbringung für Geflüchtete der Regelfall. Die Angewiesenheit auf Massenspeisung in Großkantinen setzt die Betroffenen einer unnötigen Infektionsgefahr aus. Dezentrale Unterbringung ist daher nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern auch des Schutzes vor Ansteckung.

6. Soziale Garantien für Menschen in prekären Lebenslagen

Die Absage von Messen, Festivals und Veranstaltungen bringt viele insbesondere kleinere Unternehmen an den Rand der Insolvenz. Soloselbstständige, Kulturbetriebe, Honorarkräfte, Messebauer*innen und Handwerker*innen können in enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen. Hier braucht es unbürokratische Hilfen und soziale Garantien. Wir schlagen hierfür ein Pandemie-Überbrückungsgeld für alle vor, deren Einkommen durch die Pandemie gefährdet sind.

7. Liquiditätssicherung für besonders verwundbare Bevölkerungsgruppen

Die Regelsätze für von Armut betroffene Rentner*innen und Hartz-IV-Betroffene sind schon im Alltag viel zu niedrig. Von kurzfristigen Preissteigerungen bei bestimmten Lebensmitteln und notwendigen Dienstleistungen bei Krankheitsverdacht sind daher insbesondere die ärmsten Bevölkerungsgruppen besonders betroffen. Wir fordern einen Pandemiezuschlag auf alle Sozialleistungen.

Ostermarsch 2019

Ostermarsch Ostwestfalen- Lippe 2020

Frieden: Zukunft statt Aufrüsten!

Das Ostermarschbündnis Ostwestfalen-Lippe ruft auf zu Frieden und Abrüstung und gegen Krieg:

- **Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Geflüchteten! Abschiebungen stoppen!**
- **Massiv abrüsten, um den sozialen und ökologischen Umbau zur Einhaltung der Pariser Klimaziele zu finanzieren!**
- **Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag!**
- **INF-Vertrag erneuern!**
- **Rüstungsexporte verbieten!**
- **Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!**
- **Kein Aufbau einer EU-Armee!**
- **Das Manöver "US Defender Europe 20" abbrechen!**
- **Kein Werben fürs Sterben! Bundeswehr raus aus Schulen!**
- **Kein Truppenübungsplatz Senne! Nationalpark jetzt!**
- **Nein zu verschärften Polizeigesetzen!**
- **Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!**

Angesichts der Covid-19-Pandemie ist dieser Aufruf wichtiger denn je. Der Ostermarsch Ostwestfalen-Lippe findet traditionell jeden Ostersamstag in Bielefeld statt. Dieses Jahr wurde er in seiner bisherigen Form abgesagt. Er findet in erster Linie zu Hause und virtuell statt.

Beteiligt euch und verbreitet eure Aktionen unter dem Hashtag #Ostermarsch2020 im Internet!

- **Hänge über Ostern Deine Friedensfahne oder (selbstgemachte) Banner aus dem Fenster.**
- **Hänge Schilder ins Fenster mit Friedensbotschaften und Forderungen.**
- **Singe und musiziere zu Hause aus Deinem Fenster oder auf Deinem Balkon**
- **Verbreitet eure Aktionen und Fotos unter dem Hashtag #Ostermarsch2020 im Internet.**

Weitere Informationen: www.bielefelder-friedensini.de

CDU will Bundesverfassungsgerichts-Urteil zu Sanktionen ignorieren!

Das Bundesverfassungsgericht hat im November 2019 Hartz-IV-Sanktionen (Geldkürzungen) bei Verletzung von „Mitwirkungspflichten" nur bis zur Höhe von 30 % vom Regelsatz erlaubt. Bei einer wiederholten Mitwirkungspflicht-Verletzung ist eine Sanktion in Höhe von 60 % ausdrücklich nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Das grundrechtlich gewährleistete Existenzminimum würde zu sehr unterschritten. Trotzdem haben mehrere Arbeitsminister der Union sich auf Grundlinien zur Sanktionierungspraxis verständigt, die weiterhin 100 %-Sanktionen ermöglichen sollen. Damit verletzt die CDU die grundgesetzlich festgeschriebene Menschenwürde.

Darüber hinaus sind Sanktionen auch im Sinne einer sozialen und beruflichen Eingliederung der betroffenen Menschen kontraproduktiv. Das Vertrauen zu den Jobcentern und den Vermittlern leidet.

Themenpapier der Fraktion: Sanktionen

Aktuell sind die Jobcenter wegen der Corona-Krise geschlossen. Vereinbarte Termine müssen nicht abgesagt werden. Es gibt deswegen keine Nachteile, Rechtsfolgen und Sanktionen.

Eine gesetzliche Neuregelung der Sanktionsparagraphen, die die Weisungen der Bundesagentur für Arbeit ersetzt und das Urteil des BVerfG berücksichtigt, steht weiterhin aus.

DIE LINKE ist grundsätzlich gegen jegliche Sanktionen bei Hartz IV und fordert: Schluss mit der Kürzung des Existenzminimums bei Hartz IV!

Der Aufruf kann im Internet unterzeichnet werden:

www.die-linke.de/sanktionsfrei/

Dr. Dirk Schmitz
Mitglied im Kreisvorstand
DIE LINKE Bielefeld

Macht mit!

Aktuelle Termine bitte im Büro erfragen
Telefon: 0521.86611

- **Arbeitskreis Frieden, internationale Politik und Flucht**
- **Arbeitskreis Soziales und Gewerkschaft**
- **Arbeitskreis Wohnen**
- **Arbeitskreis Umwelt**
- **Stadtteilgruppen Schildesche und Süd**
- **Frauenplenum**
- **Arbeitskreis Digitalisierung**
- **JUNGE LINKE**

So erreichen Sie uns

Telefon: 0521.8 66 11
vorstand@dielinke-bielefeld.de
NEWS-LETTER:
www.dielinke-bielefeld.de
mittwochs 14-17 Uhr und
freitags 14 bis 19 Uhr
offenes Büro in der August-Bebel-Str. 126

Rassismus geht uns alle an!

Am 19. Februar 2020 ermordete ein Rechtsterrorist in Hanau in und vor zwei Shishabars acht Menschen. Der Täter hatte ein geschlossenes rassistisches Weltbild. In seinem Manifest sprach er davon: „dass folgende Völker komplett vernichtet werden müssen“, wonach er 24 Länder nennt. Dies bezeichnet er als „Grob-Säuberung“. In einer weiteren „Fein-Säuberung“ sollen „die restlichen afrikanischen Staaten, Süd- und Mittelamerika, die Karibik und schließlich das eigene Volk“ gesäubert werden. Der Täter von Hanau steht in einer langen und blutigen Tradition des Rechtsterrorismus in Deutschland: Die NSU-Morde, der Mord an Walter Lübcke und der Mordanschlag in Halle sind nur die bekanntesten der letzten 20 Jahre.

Der Täter von Hanau reiht sich ein in eine globale Struktur des neuen Rechtsterrorismus: Männer, die sich online radikalisieren, meist auf sogenannten Image Boards, das sind Internetforen auf denen hauptsächlich über Bilder kommuniziert wird. Sie veröffentlichen Manifeste im Internet und streamen ihre Taten oft Live. So sollen andere angespornt werden. Sie sind eingebettet in einem verrohten Diskurs, der nicht nur online, sondern auch offline weiter angefeuert wird. Nicht zufällig finden sich bei dem Hanauer Attentäter ähnliche Sprachelemente auch bei der AfD.

Nicht erst die Anschläge in Halle und Hanau, sowie der Mord an Walter Lübcke haben gezeigt, wie aktuell der Kampf gegen Rassismus ist. Rassismus äußert sich nicht nur in Mord und Terror. Alltagsrassismus begegnet uns überall und ist in der Struktur der Gesellschaft fest verankert. Nach Ende des 2. Weltkrieges ist rechtes Gedankengut nicht etwa verschwunden oder konsequent bekämpft worden. Auch heute noch ist es bis in die Mitte der Gesellschaft hinein weit verbreitet: Siehe Mitte Studie der Universität Bielefeld. Rechte Strukturen und Unterstützernetzwerke gibt es auch in Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. Oft werden eine konsequente Verfolgung und Aufklärung von Naziverbrechen verhindert und blockiert. Rechte Netzwerke müssen aufgedeckt und zerschlagen werden. Die rechte Szene gehört entwaffnet. Der Kampf gegen Rassismus muss daher der Kampf für eine andere Gesellschaft – für eine solidarische Gesellschaft sein.

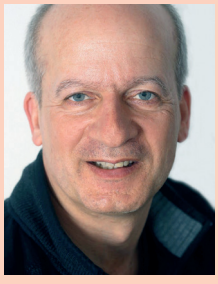
Dominik Goertz
Mitglied im Kreisvorstand
DIE LINKE Bielefeld

Aus dem Bundestag

Demokratie und Grundrechte bewahren – auch in der Corona-Krise

Die Corona-Krise wird gerne von vielen Konservativen als Krise demokratischer Entscheidungsprozesse gedeutet. So wird der Föderalismus als entscheidungsschwach und der Krise nicht gewachsen diskreditiert. Wer dies tut, verkennt die Erfahrungen der Barbarei der Nazidiktatur. Der Föderalismus ist das einzig wirksame Gegengewicht gegen einen allherrschenden Zentralstaat. Die föderale Struktur der Bundesrepublik ermöglicht dagegen jedem Bundesland, die angemessenen Maßnahmen in der Krise zu ergreifen. Hüten wir uns also einem zentralistischen Vorgehen das Wort zu reden. Gerade die Aufrechterhaltung demokratischer Entscheidungsprozesse in Parlamenten ist unsere Antwort als LINKE auf autoritäre Tendenzen.

*Gleiches gilt für die Bewahrung von Grundrechten. Wir werden gegen jede unverhältnismäßige Einschränkung der Grundrechte entschieden ankämpfen. Generelle Ausgangssperren oder Handytracking wird es so nicht mit uns geben. Als Jurist und Justiziar der Fraktion DIE LINKE im Bundestag stehe ich für einen Schutz der Grundrechte aller Bürger*innen. Kämpfen wir gemeinsam gegen die autoritären Lösungsansätze in dieser Krise.*



Friedrich Straetmanns
Bundestagsabgeordneter
der Fraktion DIE LINKE

Impressum: V.i.S.d.P.: DIE LINKE. Bielefeld, Florian Straetmanns, August-Bebel-Straße 126, 33602 Bielefeld